

2382/J XX.GP

Anfrage

der Abg . Mag . Trattner, Ing . Meischberger und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Erhöhung der Grundsteuer bzw de facto
wiedereinführung der Vermögenssteuer

Laut einer Aussage des ÖVI- (Österreichischer Verband der
Immobilientreuhänder) -Geschäftsführers Anton Holzapfel
befürchtet der ÖVI eine einseitige steuerliche Belastung von
Immobilien durch eine Erhöhung der Grundsteuer . Der ÖVI bewertet
dies wörtlich als Substanzbesteuerung und die de facto
Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Immobilienbesitz . Damit
käme es zu einer weiteren steuerlichen Belastung des
österreichischen Steuerzahlers .

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn
Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage

- 1 . Gibt es von seiten Ihres Bundesministeriums grundsätzliche
Überlegungen die Grundsteuer anzuheben ?
- 2 . Wenn Ja, in welchem Ausmaß ?
- 3 . Welche steuerliche Mehrbelastung würde dies für die
österreichischen Grundbesitzer bedeuten ?
- 4 . Gibt es von Ihrer Seite im Zuge der Finanzausgleichsver-
handlungen mit den Ländern und Gemeinden bereits konkrete
Pläne zur Aufteilung der zusätzlichen Einnahmen auf die
einzelnen Gebietskörperschaften ?
- 5 . Ist die Erhöhung der Grundsteuer insbesondere auch als steuer
politische Maßnahme zur Erfüllung bzw zur Einhaltung der
Maastricht-Kriterien anzusehen ?